

3706/J XX.GP

der Abgeordneten Langthaler, Freundinnen und Freunde

an den Bundesminister für Finanzen

betreffend Vergabe von Bundesmitteln aus der Wohnbauförderung durch das Land Niederösterreich für Neubauten mit Elektroheizung

Elektroheizungen sind aus ökologischen und ökonomischen Gründen abzulehnen. Der Strom zum Betrieb der Elektroheizungen stammt in den Wintermonaten überwiegend aus kalorischen Kraftwerken mit meist geringem Wirkungsgrad. Die CO² - Emissionen pro Kilowattstunde Nutzenergie sind dadurch von allen neu installierten Heizsystemen die höchsten.

Zudem belasten Elektroheizungen das öffentliche Stromnetz gerade in den kalten

Wintermonaten am stärksten, in denen ohnehin bereits Spitzenbelastungen auftreten.

Hinzukommt, daß die Betriebskosten deutlich über jenen von konventionellen aber auch von erneuerbaren Energieträgern liegen.

Einziger - kurzsichtiger - Vorteil der Elektroheizungen sind die extrem niedrigen Investitionskosten. Das ist auch der Grund, weswegen Elektroheizungen fast nur noch von einigen Wohnbaugenossenschaften, die nur auf eine Minimierung der anfänglichen Investitionskosten bedacht sind, eingesetzt werden. Nach dem Motto „nach mir die Sintflut“ werden die hohen Betriebskosten den künftigen Bewohnern aufgebürdet. Damit ist die Installation von Elektroheizungen nicht nur unökologisch, sondern letztendlich auch sozial verantwortungslos.

Während in vielen Bundesländern die Bestimmungen der Wohnbauförderung dieser verantwortungslosen Praxis längst einen Riegel vorgeschoben haben, werden in Niederösterreich, wo die Kriterien für die Vergabe der Bundesmittel aus der Wohnbauförderung völlig veraltet sind, noch immer Neubauten gefördert, die mit Elektroheizungen ausgestattet sind.

Aus diesem Grund richten die unterfertigten Abgeordneten an den Bundesminister für Finanzen folgende schriftliche

ANFRAGE:

1. Wie beurteilen Sie den Umstand, daß in Niederösterreich noch immer Bundesmittel aus der Wohnbauförderung für Neubauten vergeben werden, die mit Elektroheizungen ausgestattet werden?

2. Ist es aus Ihrer Sicht mit den Zielen der österreichischen Klimaschutzpolitik vereinbar, mit Bundesmitteln Elektroheizungen zu fördern, wo auf der anderen Seite versucht wird, durch Investitionszuschüsse (Beispiel: Ökoenergiefonds) erneuerbaren Energieträgern etwa auf Biomassebasis am Raum wärmemarkt zum Durchbruch zu verhelfen?
3. Ist Ihnen bekannt, wie hoch die Bundesmittel aus der Wohnbauförderung waren, die a) 1995, b) 1996 und c) 1997 in Niederösterreich in Neubauten geflossen sind, die mit Elektroheizungen ausgestattet wurden?
4. Welche Wohnbaugenossenschaften haben in den Jahren 1995 bis 1997 in Niederösterreich Neubauten errichtet, die mit Elektroheizungen ausgestattet wurden?
5. Welche Schritte werden Sie setzen, um diese umweltfeindliche, unwirtschaftliche und letztendlich auch sozial verantwortungslose Praxis in Niederösterreich ehebaldigst abzustellen?